

# Für Freiheit und Fairness



Dr. Wolfgang Gerhardt MdB



## Vorwort

Viele Menschen zweifeln und verzweifeln an der Politik. Sie ist in ihren Augen nicht mehr Teil der Lösung, sondern Kern des Problems. Ihr fehlt der Mut zur Freiheit und sie verspricht vielen zu vieles.

Aber auch viele Bürger verlangen leider von sich selbst zu wenig und von der Politik oft alles. Gerade auf die Bürger kommt es aber in einer freiheitlichen Gesellschaft an.

Entscheidend ist gerade der verantwortliche Bürger, nicht der bevormundete und betreute Untertan. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit im Geist unseres Grundgesetzes muss wieder zum Credo der Politik werden, nicht der verwaltete Mensch.

Ich wende mich mit dem folgenden Beitrag an alle, die den Weg der Erneuerung gehen wollen, die mehr freie Entfaltung wollen für sich und andere, die auf persönliche Verantwortung setzen, für die die Zukunft in erster Linie aus Chancen besteht, nicht aus Risiken, für die Vielfalt Reichtum bedeutet, nicht Bedrohung, die Bewegung für Freiheit in Deutschland möchten. An alle, die Freiheit bewegt, die mit Freiheit etwas bewegen wollen, für die Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Kreativität wichtige Werte sind.

An alle, die mit Fleiß, Selbstständigkeit und der eigenen Wahl ihrer Lebensziele und Lebensstile in Respekt gegenüber anderen auftreten.

An alle, die über die Zukunft unserer Gesellschaft nachdenken, eigene Ideen verwirklichen wollen und bereit sind, durch Übernahme von Verantwortung Zeichen zu setzen.

An alle, die für Tugenden stehen, die unser Land in den anerkannten Kreis der Völker dieser Welt zurückgeführt haben und die die freiheitliche Qualität einer Gesellschaft ausmachen.

Liberaler stehen nie da, wo das Gedränge der Betreuer und Vormünder groß ist. Ich arbeite für Bürgerchancen, für freie Marktwirtschaft, und damit für weniger Staat.

## Impressum

FDP Landesverband Hessen  
Marktplatz 13  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 9 99 06-0  
Telefax (06 11) 9 99 06-35  
hessen@fdp.de

Ich stehe für ein gerechtes Steuersystem, das nicht ausbeutet und nicht ausgebeutet wird, denn soziale Sicherheit ist Voraussetzung für die Teilhabe an Freiheit.

Ich setze gegen den unpersönlichen Staat auf die Bürgertugend Verantwortung, gegen den unpersönlichen Staat der Gleichgültigkeit auf die Bürgertugend Engagement, gegen den ungerechten Staat der Gleichmacherei auf die Bürgertugend der Leistungsbereitschaft. Sie ist das Ethos der Solidarität.

Ich stehe für das, was alle Bürger für sich erstreben: für mehr Freiheit und weniger Staat, für einen Staat, der die Bürger nicht an der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten hindert, sondern für die, die nicht den Weg des geringen Risikos, sondern den Weg der größten Chancen gehen.

Ich werbe für den Aufbruch. Wirtschaftlich, gesellschaftlich und persönlich wird die Fähigkeit zur Verantwortung der entscheidende Erfolgsfaktor sein. Jeder soll die Chance haben, sich nach seinen eigenen Fähigkeiten und Begabungen zu entwickeln – nur dann können Menschen auch ihr Bestes geben.

Mitwirkung läuft nur über Freiheit. Sie stirbt unter Zwang. Nur mehr Freiheit bringt unserem Land die Kraft zurück, die wir für künftigen Wohlstand, für mehr Gerechtigkeit und für ein erfolgreiches Deutschland in der Welt brauchen. Wir brauchen sie gerade jetzt. Die Freiheit darf kein vergessenes Ideal werden.

Wolfgang Gerhardt  
Wiesbaden, 2009

## Ein Blick über den Tellerrand

Wir befinden uns nicht nur in einem neuen Jahrhundert. Wir befinden in einem großen Umbruch. Paul Kennedy, der Historiker aus Yale, hat ihn einprägsam beschrieben – als Zeitenwende, deren Charakteristika das Ende der alten bipolaren Welt, die Revolution in den Informationstechnologien und Finanzwissenschaften, die Globalisierung sind. Hinzuzufügen wäre die unerwartete Auseinandersetzung mit Bewegungen, die die Setzungen der Moderne, die Aufklärung, den säkularen Staat vehement bekämpfen.

Es gibt eine weltweite Verteilungsdebatte um Ressourcen und Chancen. Jedes Land sucht seinen Platz ökonomisch, kulturell, politisch, gesellschaftlich.

Es gibt prosperierende Gemeinwesen, scheiternde bzw. gescheiterte Gemeinwesen, Diktaturen und Menschenrechtsverletzer, Newcomer und neue Akteurskonstellationen. Verschiedene Akteure mit neuen und alten Programmen treten auf, einige plädieren für einen neuen Protektionismus, andere wollen die offenen Märkte nicht verspielen. Es gibt vieles. Eines gibt es nicht mehr: Stammpplätze. Es gibt Auf- und Absteiger.

Viele sprechen von einer Gewichtsverschiebung nach Asien. China wird in den nächsten Jahren seine Marktanteile weiter vergrößern. Es wird Produkte immer höherer Qualität entwickeln und überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielen. Indien ist der IT-Provider der Welt schlechthin. Es hat eine große und wissbegierige junge Generation. Asien, das bedeutet aber auch ungelöste gesellschaftliche Probleme: Umweltzerstörung, Hochrüstung, Unterdrückung, Atom-machtpotenziale. Ganz zu schweigen von bis heute nicht besprochenen Tabuzonen japanisch-chinesischer und japanisch-koreanischer geschichtlicher Vorfälle. Geschichtliche Trümmer sind nie or-

Es gibt keine Stammpplätze mehr. Es gibt Auf- und Absteiger.

Es ist nicht alles Gold, was allein in Wachstumsraten glänzt.

dentlich beiseitegeräumt worden. Es ist nicht alles Gold, was allein in Wachstumsraten glänzt.

In Afrika sind ethnische Binnenkonflikte, Staatsversagen und Krankheiten in der Lage, ganze Gesellschaften zu zerstören. Afrika selbst hat noch nicht die Statur, einen seiner vielen Konflikte wirklich aus eigener Kraft zu lösen. Selbst rohstoffreiche Staaten bringen es einfach nicht fertig, einen sozialen Ausgleich in ihren Gesellschaften zu schaffen. Südafrika, eine unserer früheren Hoffnungen, entwickelt sich leider gegenwärtig zu einer einzigen Enttäuschung.

Die Energieellipse vom Kaspischen Meer bis zum Mittelmeer ist katastrophenschwanger wie kaum eine andere Region in dieser Welt. Das Schlüsselthema Israel versus Palästina hält alle in Atem. Es beeinträchtigt nahezu alles. Jedes Kind kennt die Lösung, aber in den Gesellschaften und bei den politisch Verantwortlichen dieser Region gibt es Solidarität anscheinend nur mit der jeweiligen eigenen Gesellschaft. Das Verständnis für die Leiden anderer fehlt, und wenn es entwickelt wird, wie bei dem früheren ägyptischen Präsidenten Sadat und dem früheren israelischen Regierungschef Rabin, dann müssen diejenigen, die ihren Gesellschaften über Tabuschwellen hinweghelfen wollen, bitter dafür bezahlen.

Lateinamerika ist ein Puzzle strategischer Entscheidungen. Brasilien ist auf einem vernünftigen Wachstumspfad. Andere sind gegenwärtig fern von guter Regierungsführung – dies gilt vor allem für Venezuela. Die Muster zwischen Modernisierern und radikalen Populisten behindern an vielen Orten eine positive Entwicklung. Dem Kontinent fehlen stabile unaufgeregte Eliten, die aufgeklärt und weitsichtig – ohne klientelistische Praktiken – ihren Ländern eine nachhaltige Perspektive geben wollen.

Russland nutzt seine Ressourcenökonomie, um sich einen Platz in der Weltliga zu sichern. Es wird sich mit Sicherheit nicht so schnell zu einer Westminsterdemokratie entwickeln. Es hat weder eine unabhängige Rechtsprechung noch unabhängige Institutionen. Es scheint groß und mächtig und verletzlich zugleich. Seine Eliten

hängen einem Machtverständnis nach, das sich im Machtausüben gegen andere erschöpft. Imperiale Nostalgie ist aber keine Lösung.

Russland:  
Imperiale  
Nostalgie  
ist keine  
Lösung.

Die ersten Erklärungen des 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten, Barack Obama, deuten darauf hin, dass er die mit imperialen Zügen geführte Präsidentschaft des 43. Präsidenten, die Amerika einen weltweit großen Ansehensverlust zugefügt hat, beenden will. Das ist gut so. Das Atlantische Bündnis, die westliche Welt – das ist ja nicht nur eine Geografie. Der Westen, das muss immer ein überzeugendes politisches Programm

Das Atlan-  
tische Bünd-  
nis muss  
wieder ein  
überzeu-  
gendes  
politisches  
Programm  
werden.

sein. Die gemeinsamen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale sind überragend. Es gibt zum Atlantischen Bündnis keine ernsthafte geostراتيجية Alternative. Deutschland ist nicht so etwas wie eine größere Schweiz in der Mitte Europas, die sich aus allem heraushalten könnte. Unsere geografische Lage und unsere Geschichte verpflichten uns zu Bündnissen.

Die Vereinigten Staaten waren zwar noch nie das Traumland der deutschen Wohlfahrtsverbände. Ihre Art genetischer Code, die Welt von Verderbtheit zu befreien, ist auch vielfach aus völkerkundlicher Unkenntnis gescheitert. Aber ihre Anziehungskraft für kluge Menschen aus aller Welt ist weiter ungebrochen. Sie werden das Land bahnbrechender Technologien bleiben. Von ihrem Spirit könnte sich die vielfach risikoaverse und staatskundschaftlich geprägte deutsche Gesellschaft ein gutes Stück abschneiden.

Deutschland braucht Europa. Ohne Europa hätte Deutschland seinen Weg aus der größten Katastrophe seiner Geschichte nicht gefunden. Ohne Europa wird ihn Deutschland auch in Zukunft nicht finden. Und es sollte sich auch davor hüten, ihn ohne Europa zu suchen. Es gibt keinen deutschen Weg ohne europäische Einbettung außer purem Leichtsinn.

Eine Generation, die weder die nationalsozialistische Diktatur noch die stalinistische erlebt hat, die sich kaum militärisch bedroht fühlte und die vielleicht nur zerstörten Geschichtsunterricht erlebt hat, für die ist Europa nicht unbedingt ein Objekt zärtlicher Gefühle.

Eine ältere Generation, die zwei Hyper-Inflationen erlebt hat, hatte aus ihrem kollektiven Gedächtnis eher Bedenken gegen eine einheitliche europäische Währung mobilisiert. Anderen wiederum geht alles viel zu langsam.

Europa hat uns die längste Friedens- und Freiheitsperiode gebracht.

Vielen ist alles zu kompliziert.

Europa ist noch ein unvollendetes und von Rückschlägen getroffenes Werk. Aber Kritik und Einwände und Gleichgültigkeit sollten einmal 60 Jahre zurückblicken. Europa hat uns die längste Friedensperiode im letzten

Jahrhundert gebracht. Europa hat dazu beigetragen, dass die Spaltung unseres Kontinents überwunden wurde. Europa hat unsere Freiheit gesichert. Selbst wenn es „nur“ das gewesen wäre, hätte es sich schon gelohnt. Denn ohne Frieden und Freiheit ist alles nichts.

In der Europäischen Union hat Europa Souveränität wie kein anderer Kontinent gebündelt, um einen Rückfall in alte Konflikte zu vermeiden. Europa ist dadurch aus dem Größten heraus. Aber es ist noch nicht da angekommen, wo es sein will. In Mittel- und Osteuropa betonen Länder nach der sowjetischen Unterdrückung erst einmal wieder ihre nationale Identität. Im Westen überschätzen viele nationale Führungseliten ihre eigenen Möglichkeiten in einer globalisierten Welt.

Die kritische Masse für eine belastbare europäische Loyalität reicht noch nicht aus. Die Gefahr der Renationalisierung ist gerade in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Problemlage unübersehbar. Solche Bestrebungen helfen aber am Ende niemandem, am wenigsten einem exportorientierten Deutschland. Es gibt keine erfolgreiche nationale Lösung in der Globalisierung. Europa kann nur gemeinsam die Herausforderung meistern.

In postnationalen Konstellationen zu denken und geostrategische Vorstellungskraft zu entwickeln darf von seinem Selbstverständnis her nicht nur ein Management von Ereignissen unbestimmter Qualität und Richtung sein. Multilateralismus und Multipolarität können sehr schnell strukturell sklerotisch werden, wenn man sich in seinem Handeln nicht auf ein verbindliches Mindestmaß an normativen Übereinstimmungen beziehen kann.

Mit Renaissance und Humanismus und Aufklärung hat sich eine neue Welt in einem Teil der Welt durchgesetzt, aber moderne Setzungen sind auch gefährdet, schreibt der Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio. Unser Menschen- und Weltbild sei womöglich kulturell und religiös von mehr Voraussetzungen abhängig als unser Rationalismus uns das glauben machen wolle.

Religionen sollen Gott verehren, aber sie sollen nicht Gott spielen.

In der Tat gibt es alte Gegengewichte des Neuen, die wir in ihrer Heftigkeit nach dem Zusammenbruch der alten bipolaren Welt so nicht erwartet haben. Manche Menschen vertreten ihren Glauben und ihre Überzeugungen in einer Art von Gewissheit, die jede Kultur der Toleranz zerstört. Solchen Vertretern einer konfrontativen Weltsicht darf man die Bühne nicht durch eine falsche ignorante Toleranz überlassen. Denn dort, wo solche Menschen die Macht haben, braucht der, der die Wahrheit sagt, ein schnelles Pferd, so lautet ein chinesisches Sprichwort. Religionen sollen Gott verehren, sagt der frühere Limburger Bischof Kamphaus, aber sie sollen nicht Gott spielen.

Die Vielstimmigkeit nach dem Ende der alten bipolaren Welt ist ein momentanes Faktum, aber kein schlüssiges Konzept. Wir brauchen ein effizientes multilaterales Weltordnungskonzept, das die Installation gut funktionierender Institutionen umfasst. Wir müssen uns um eine internationale Politik bemühen, die Orientierung ausstrahlt und Gesellschaften von wertegebundenen Spielregeln überzeugt.

## Inventur in Deutschland

Der Aufstieg und Fall von Nationen ist nicht allein bedingt durch Rohstoffreserven, finanzielle Kraft oder technologische Fähigkeiten. Ihre Kultur, ihre Einstellungen, ihre Fähigkeit zu Problemlösungen und Kompetenz im Wandel sind die entscheidenden Faktoren. Die Offenheit einer Gesellschaft, die Herrschaft des Rechts, vertrauenswürdige Regierungen und Institutionen und vor allem Bildungschancen sind es. Sie sind das Paket für die Zukunft.

Im internationalen Wettbewerb wandert die Kompetenz zu Wissensgesellschaften, Produktivitätsgewinne werden in Zukunft mehr als heute über Innovationsfähigkeit entstehen. Gesellschaften, die unzureichend in Bildung investieren werden nicht mithalten können, Wohlstandsverluste erleiden und soziale Sicherheit gefährden.

Deutschland ist ein Land mit großen Potenzialen. Wissen ist unsere unerschöpfliche Ressource. Freiheit, Demokratie, soziale Marktwirtschaft sind die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Wohlstandes. Internationale Orientierung mit einem vereinigten Europa und Verantwortungsbewusstsein im Atlantischen Bündnis sind die zentralen Elemente unserer Staatsräson.

Deutschland hat gute Chancen, sie müssen aber kreativ und entschlossen genutzt werden. Ein dauerhafter Erfolg für unser Land wird sich nur dann einstellen, wenn wir mehr als bisher auf den Fleiß, die Leistung und das Engagement von Menschen setzen, wenn wir ihre Lernbereitschaft unterstützen und ihren persönlichen Willen zum Erfolg belohnen, und alles unterlassen, was sie an der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten hindert.

Eine Inventur in Deutschland zeigt allerdings bedauerlicherweise, dass der alte Daseinsvorsorgestaat in Handlungsunfähigkeit erstarrt ist, dass die ungebremste und einstmals sehr populäre Überführung von individueller wie kollektiver Vorsorge in das steuer- und beitragsfinanzierte Kollektiv mit dem

Es sind Populisten unterwegs, die eine gewaltige Simplifizierung der Probleme betreiben.

Gesundheitsfonds weiter in vollem Gange ist und dass Wohlfahrtsversprechen weiter unverdrossen gegeben werden. Es sind Populisten unterwegs, die eine gewaltige Simplifizierung der Probleme unseres Sozialstaates betreiben.

Tarifverhandlungen auf der Grundlage des Flächentarifs werden noch immer so geführt, als wenn es nur Deutschland und seine Branchen gäbe. Notfalls regelt der Staat die Löhne. Das Prinzip Vorfahrt für Arbeit ist über bloße Rhetorik nicht hinausgekommen. Die ganze arbeitsmarktpolitische Apotheke, deren Medizin schon bisher versagt hat, arbeitet munter weiter. Das Verhältnis von kollektiver und individueller Verantwortung stimmt nicht mehr. Kollektive Systeme vermitteln den Menschen zudem immer mehr den Eindruck, dass sie zur Lösung von Problemen selbst keinen Beitrag mehr leisten müssen. Selbstbedienungsläden ohne Preisschilder führen aber nicht weiter.

Das Verhältnis kollektiver und individueller Verantwortung stimmt nicht mehr.

Nicht der Einzelne ist hierzulande für sich selbst und für ein gesundes Gemeinwohl verantwortlich. Es gilt als billig und nur gerecht, dass der Staat dafür sorgt. Von vielen wird ein Staat gewünscht, der, wie der Jenaer Soziologe Lessenich tatsächlich schreibt, sich der „kollektiven umverteilenden Absicherung von Individualität, Autonomie und Differenz verschreibt“. Ein solches staatlich betreutes Volksheim ist ein Wunsch, wie er deutscher nicht sein kann, kommentiert Cora Stephan. Das ist keine freiheitsgerechte Gesellschaft mehr. Das ist die selbst herbeigeführte Überführung von demokratischer Stärke in soziale Schwäche.

Es gibt Gerechtigkeitsrhetoriker, die von der Gleichheit von Menschen reden, als gäbe es keine naturgegebenen Unterschiede. Wenn dem so wäre, würde ja ein Mensch im Prinzip genügen. Es ist aber nicht so: Menschen sind einzigartig, durch den Zufall bei der Kombination unserer Erbanlagen sind die meisten sogar einzigartig unterschiedlich. Wer die Unterschiede leugnet oder Menschen in ein Korsett zwingen will, der macht eine Gesellschaft

nicht reicher durch Gleichheit, sondern ärmer, und das nicht nur wirtschaftlich.

Der Mensch ist keine Lebenserfolgsressource, die durch Sozialstaathandeln gleichgemacht werden müsste. Um die Stärkung der Schwachen muss es gehen und nicht um die Schwächung der Starken. Dem Menschen muss Selbstvertrauen vermittelt werden. Darauf wird in Deutschland leider nicht trainiert. Darauf kommt es aber entscheidend an.

## Neuer Politikstil

Die Vielzahl von Bindungen und die Last zahlreicher Verpflichtungen drückt Politik oft zu Boden. Sie braucht aber dringend Energie für Kurskorrekturen. Eine Gesellschaft, die verantwortliches Regieren erwartet, kann nicht ausschließlich Risiken ausweichen. Wirklichkeitsflucht ist kein Rettungsweg. Es gilt, unsere eigene Schiefelage aufzudecken und zu überwinden. Es geht um die Bewertung unserer eigenen geistigen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kondition. Was uns fehlt, ist die Vision eines von selbstbewussten Bürgern getragenen Gemeinwesens. Die Kultur der Freiheit braucht nach John Stuart Mill Menschen, die die Freiheit lieben, den Rechtschaffenen achten und ihre Kultur und den eigenen Lebensentwurf in die Zukunft hineinragen. Sie sind die citoyens freier Gesellschaften. Der Begriff des Bürgers darf sich nicht in der individuellen Erwerbsbiografie, dem Besitz eines Personalausweises, der Pflege des Vorgartens und dem Besuch im Fitnessstudio und zur großen Risikoaktion erschöpfen. Wenn Sicherheit und Gleichheit erstrebens-

Die Politik muss heraus aus dem Bodenturnen. Sie braucht gelegentlich auch den Mut zu Unpopulärem.

wertiger sind als Freiheit und Eigenverantwortung, wie das eine breite, von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Auftrag gegebene Umfrage zeigt, dann ist das eine Abdankung von Politik und Gesellschaft und eine Katastrophe für Deutschland.

Die Politik muss dringend heraus aus dem Bodenturnen, weg von simulativer Politik und Inszenierung und hin

zu Problemlösungsfähigkeit. Sie muss Markenpflege betreiben. Sie braucht eine innere Philosophie, einen Kompass, gelegentlich auch den Mut zu Unpopulärem, wenn Bedeutsames erreicht werden soll. Sie braucht werteorientierte Führungsverantwortung, und sie darf nicht länger die Gegenwart zulasten der Chancen für die Zukunft organisieren.

Die Zukunft beginnt zu Hause.

Es geht um:

- Qualitätsmaßstäbe im Bildungs- und Ausbildungssystem, Wettbewerb, Förderung von Talenten, ein forschungsfreundliches Klima,
- die Rückführung des Staates auf seine Kernaufgabe, durchgreifende und nachhaltige Reformen der sozialen Sicherungssysteme, die Konsolidierung der Haushalte von der Ausgabenseite her,
- eine nachvollziehbare und durchdachte Steuerreform mit niedrigen Steuern und verständlichen Regeln,
- eine Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme durch Trennung von den Arbeitskosten und Hinführung zu Kapitaldeckungsverfahren,
- eine Erneuerung der Marktwirtschaft durch klare Ordnungspolitik, mehr Flexibilität und weniger Verwaltung am Arbeitsmarkt, vor allem Öffnung des Tarifkartells und Vorfahrt für Arbeitsplätze,
- Deregulierung bei Post, bei Bahn, bei Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung, bei den Berufsordnungen, auf den Agrarmärkten, Privatisierung von Beteiligungen auf allen staatlichen Ebenen,
- eine Umweltpolitik durch Wettbewerb der besten Lösungen, statt staatlicher Anmaßung, alles besser zu wissen,
- eine wirkliche Staatsreform mit Erkennbarkeit politischer Verantwortung,
- die Stärkung einer freiheitlichen Bürgergesellschaft, die sich international orientiert und Prinzipien des Zusammenlebens beachtet, die in unserer Verfassung niedergelegt sind.

Zu all dem braucht man einen langen Atem.

Der Abbau der viel zu hohen Staatsquote ist notwendig. Es ist aber nur zu erreichen, wenn die Haushalte auch auf der Ausgabenseite konsolidiert und generationengerechte Sicherungssysteme vorgebracht werden. Das wiederum geht nur, wenn soziale Sicherungssysteme von den Kosten der Arbeit getrennt werden und mehr eigene Verantwortung den Bürgern überlassen wird. Das geht nur, wenn eine Steuerreform den Bürgern auch mehr vom Ertrag ihrer Leistung lässt. Dazu wiederum muss ein weit verbreiteter Politikstil der Verteilung von Zuwächsen in der Gegenwart geändert und durch einen Politikstil der Bewältigung von Zukunftsaufgaben ersetzt werden. Dazu wiederum fehlt vielen in Gesellschaft und Politik der Mut und der lange Atem. Viele wollen alles, die meisten alles gleich, und das Denken in Wirkungsketten wird geradezu ausgeblendet. Die Folgen eigenen Tuns werden nicht beachtet.

**Der freiheitliche Charakter von Gesellschaften besteht darin, Menschen zu eigener Verantwortung zu befähigen.**

Ein freiheitliches Gemeinwesen, das etwas auf seine Freiheit hält, darf sich nicht damit begnügen, dass allein am störungsfreien Wachstum das Empfinden gerechter Verhältnisse hängt – auch nicht allein am Parlament und an der Regierung und an Wahlen. Der freiheitliche Charakter von Gesellschaften besteht darin, die Menschen zur eigenen Verantwortung zu befähigen. Ein

freiheitlicher Staat wird Rahmenbedingungen immer so gestalten, dass seine Bürger ihren eigenen Anteil an der Gestaltung ihrer Biografie einbringen können. Er wird die Menschen nicht an der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten hindern, und er wird denen, die Hilfe brauchen, auch helfen.

Aber es gibt keinen Staat, der mehr für die Menschen tun könnte, als sie für sich selbst tun könnten und sollten. Er kann sozialpolitische Brücken bauen, aber darüber gehen müssen die Menschen schon selbst. Mehr individuelle Verantwortung und weniger kollektiver

**Es gibt keinen Staat, der mehr für die Menschen tun könnte, als sie für sich selbst tun könnten und sollten.**

Organisationszwang sind die Voraussetzungen für Erfolg, sozial wie ökonomisch.

## Schwache stärken statt Starke schwächen

„Fast die Hälfte des Bundeshaushaltes wird für soziale Zwecke ausgegeben. Jeder 6. Bundesbürger gilt inzwischen als arm, obwohl der Sozialstaat jedes Jahr 700 Mrd. € einsetzt. Etwas läuft schief“, schreibt Die Zeit. Unser Sozialstaat ist kein Ort moralischer Exzellenz, seine Verteilungswirkungen sind höchst unzureichend. Alles erschöpft sich in der Verteilungschance des Budgets. Die Frage, ob gerecht mit denen umgegangen wird, die die Mittel bereitstellen, wird ausgeblendet. Nachhaltige soziale Sicherheit und Generationengerechtigkeit sind ohne ein veränderliches Umbauszenarium des deutschen Sozialstaates nicht zu erreichen.

**Der gegenwärtige Sozialstaat verhindert den sozialen Anschluss, er ist ein bloßer Reparaturbetrieb.**

Deutschland hat zu viele Transferleistungen ohne ausreichende Gegenleistung mit ungedeckten Schecks auf die Zukunft verteilt.

Die Systeme der pauschalen Abbuchung, der undifferenzierten Zuteilung und der nebulösen Kostenentwicklung müssen reformiert werden. Sie lassen verantwortungsethisches Verhalten eher verkümmern. In unserer Sozialpolitik, so schreibt Carl Christian von Weizsäcker, wird das wichtigste Prinzip, dass die Versicherung den Versicherten nicht in ein Verhalten hineintreibt, das die Wahrscheinlichkeit des Schadensfalles wesentlich erhöht, völlig außer Kraft setzt.

Gerechtigkeit bedeutet, Menschen eine Chance zu bieten, sich aus einer schwierigen Lage auch wieder in ein selbstbestimmtes Leben im wahrsten Sinne des Wortes herausarbeiten zu können. Fair und gerecht sind solche Sozialmodelle, die den „Bedürftigen ein angemessenes Sicherheitsangebot machen, gleichzeitig aber auch dazu anhalten, durch eigenes Engagement sobald als möglich

wieder von gewährten Solidarleistungen unabhängig zu werden“ (Sachverständigenrat). Fair und gerecht ist ein Interessenausgleich zwischen den Generationen, der die Arbeit an den drängenden Fragen des demografischen Wandels „nicht auf jene Menschen verschiebt, die im aktuellen Entscheidungsfindungsprozess noch keine eigene Stimme haben“ (Sachverständigenrat).

Der gegenwärtige alimentierende Sozialstaat ist nicht fair und ist auch nicht gerecht. Er ist ein bloßer Reparaturbetrieb, er verhindert nicht den sozialen Ausschluss – und der genau ist der Kern der neuen sozialen Frage. Von der Alimentation zur Investition, das muss der neue Weg sein, von quantitativen Größen zu qualitativen, Chancen und Teilhabe. Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsdynamik müssen den Kern neuer Sozialpolitik bilden. Teilhabechancen sind Maßstäbe für soziale Gerechtigkeit. Wir müssen heraus aus dem Wettbewerb „Wer bietet mehr“, hin zu Konzepten der Ermutigung.

## Lernen ist das Ethos der Solidarität

Freiheitlicher Politik geht es immer um die aktive Gestaltung von Bedingungen, die mehr Menschen an Freiheit teilhaben lassen. Freiheit darf nicht metallisch klingen. Ohne Bürgerrecht auf Bildung, ohne soziale Sicherheit, ohne marktwirtschaftliche Grundlage, ohne internationale Orientierung wird das Vorhaben nicht gelingen.

Die Zukunft wird von denen gewonnen, die sich heute darauf vorbereiten. Politische und wirtschaftliche Stabilität wird dauerhaft nur dort zu finden sein, wo es gelingt, eine Wissensgesellschaft aufzubauen. Bildung ist unser Pass für die Zukunft. Sie ist unser entscheidendes Kapital. Lernen ist das Ethos der Solidarität und nicht die Bürgerversicherung oder der Gesundheitsfonds.

Erfolgreiche Länder verdanken ihre Wertschöpfung kenntnis- und leistungsbereiten Menschen und klugen Ordnungsrahmen, in denen diese ihre Aktivitäten entwickeln und Verantwortung für ihre eigene Biografie über-

nehmen können. Das verlangt ein komplexes Ensemble von Fähigkeiten. Originalität, Risikobereitschaft, Neugier und Fantasie, Einfallsreichtum und auch Mut zur Unbefangenheit, Kreativität und soziale Kompetenz, Konfliktfähigkeit und Teamfähigkeit, wertorientiertes und zugleich problemlösendes Denken. All das entwickelt sich nicht automatisch. Es wächst aus einem Willen zu lernen und aus einer Kultur des Lernens.

Der Anfang ist entscheidend. Diese Tugenden werden sehr entscheidend grundgelegt, bevor ein Kind überhaupt der Schule begegnet. Es geht deshalb nicht nur um gute Schulen, auch nicht um die organisatorischen Debatten über Schulsysteme, die lediglich Innovationsgeräusche erzeugen. Es geht um Lehrer und Elternhäuser, die ihren Kindern ein Ethos der Wissbegierde und die Lust am Lernen vermitteln. Es geht um die Art und Weise, wie Wissen weitergegeben wird, aber auch um Haltungen und Werte, die in Familien vorgelebt werden. Große Pädagogen wussten immer schon, dass Bildung neben der Beschäftigung mit Lerninhalten und der Begegnung mit großen Lehrerpersönlichkeiten vor allem auch etwas mit Erziehung zu tun hat.

Es geht nicht nur um „Stoff“. Lehrer müssen ihr Kerngeschäft beherrschen, sie müssen Auskunft geben können, warum das, was sie tun, wichtig ist und mit ihrer Person dafür einstehen.

Eltern haben zweifellos das Recht auf Erziehung ihrer Kinder, aber mit diesem Recht korrespondiert eine Pflicht der Mitgift eines Mindestmaßes an Zivilisiertheit. Leider wachsen viele Kinder in anregungsarmen Milieus auf. Zu viele Potenziale gehen zwischen Geburt und Schule schon verloren. Deutschland wird nur Spitze sein können, wenn Fragen der frühkindlichen Bildung und Erziehung stärkere Beachtung finden und wenn Eltern ihren Anteil am Bildungserfolg der Kinder klar verdeutlichen. Die erste Unterrichtsstunde, so sagte Pestalozzi vor über 200 Jahren, ist die Stunde der Geburt.

Ein Kind braucht ein Mindestmaß an Mitgift für Zivilisiertheit.

In der Schule müssen wir wieder stärker mit unserem eigenen kulturellen Wissen und Können in Berührung kommen. Es geht um Allgemeinbildung und Schlüsselqualifikation, es geht um die Fähigkeit, sich etwas aneignen zu wollen und zu können, und den Willen, etwas allein oder mit anderen, zusammen zustande zu bringen.

Wir werden unsere starren Bildungsstrukturen durchlässig machen müssen. Wir können nicht in den zwei Kulturen des Pädagogischen und des Ökonomischen getrennt leben und denken. Wer sich weigert, Bildung als volkswirtschaftliches Vermögen zu sehen, so die Robert Bosch Stiftung in einer Untersuchung, wird die ihr zukommende strategische Bedeutung nicht begreifen. Es geht um Zukunftsbefähigung durch höhere Qualifizierung. Die Bildungswege müssen individualisiert und niemand darf durch mangelnde Förderung zurückgelassen werden.

„Das Ziel unserer Arbeit bleibt die Freiheit. Diese erfordert den Willen und die Fähigkeit, sich selbst ein Ziel zu setzen, dieses Ziel an Werten auszurichten und mit dem eigenen Leben in Übereinstimmung zu bringen und mit Disziplin und Konsequenz zu befolgen.“ Dies schrieb ein Schüler nach Abschluss der Schule auf die Frage, was er für sein Leben gelernt habe.

## Freiheit und Gleichheit

Die Nutzung von Chancen ist von Fähigkeiten abhängig, die ihrerseits ungleich verteilt sind.

„All men are created equal“, schrieb 1776 Thomas Jefferson in die amerikanische Unabhängigkeitserklärung. Das heißt aber nicht, dass alle Menschen auch identisch sind. Der genetische Zufall macht uns alle einzigartig, aber auch einzigartig in der Unterschiedlichkeit unserer Fähigkeiten, Stärken und Schwächen. Das politische Regulativ der Gleichheit ist die Gleichheit vor dem Gesetz, die Beseitigung von Vorrechten des Standes, die Beseitigung der Differenzierung der Stimm- und Wahlrechte nach Einkommen, die Beseitigung der Ungleichheit der Geschlechter. Das Prinzip Gleichheit macht Unterschiede in der Hautfarbe menschenrechtlich irrelevant, wie Udo

Di Fabio schreibt. Aber die „Nutzung von Chancen, die sich aus Gleichheit aller vor dem Gesetz ergeben, ist wiederum von Fähigkeiten abhängig, die ihrerseits ungleich verteilt sind“.

Es gibt eben Unterschiede in den menschlichen Fähigkeiten des Wissenserwerbs, der Selbstorganisation und der Teamfähigkeit. Es gibt Menschen, die mit vielen angebotenen Chancen absolut nichts anzufangen wissen. Die berechtigten Forderungen nach Gerechtigkeit dürfen nicht mit der mancherorts gehegten Hoffnung der Ergebnisgleichheit verwechselt werden. Eine freiheitliche Gesellschaft bleibt auf einer Kultur der Anerkennung von Unterschieden und schlechterdings nicht zu beseitigenden Ungleichheiten angewiesen. Es gefährdet die Grundlagen der Freiheit, wenn der wirtschaftliche und persönliche Erfolg eine Quelle des Neides und der Missgunst wird. Es geht darum, Brücken zu bauen, die jedem eine ihm angemessene Entwicklungsmöglichkeit anbieten. Denn nur derjenige, der das Beste lernt, kann auch sein Bestes geben.

Es gefährdet die Grundlagen der Freiheit, wenn Erfolg eine Quelle des Neides und der Missgunst wird.

Wettbewerb darf nicht weiter ein kontaminiertes Wort in Deutschland bleiben. Eine demokratische Gesellschaft muss die Auswahl und die Pflege der Begabungen zu ihrem Anliegen machen. Dabei ist ganz selbstverständlich, dass nur der, der die Breite fördert, auch die besonders Begabten erreichen kann. Ohne eine gut ausgebildete Basis der Vielen gibt es keine Elite. Auch die Besten brauchen ein aufnahmebereites Umfeld, das es versteht, Ideen zu entwickeln und sie umzusetzen. Wer die Arbeit und Pflege der Begabungen behindert und darin einen Beitrag zur sozialen Kompetenz sieht, macht unsere Gesellschaft weder herrschaftsfreier noch demokratischer. Er verhindert nur, dass einige mehr leisten können und bewirkt, dass die Gesellschaft geistig und wirtschaftlich durch Gleichheit, als Verständnis von Gerechtigkeit, ärmer wird, wie Hubert Markl das zutreffend beschreibt.

Es ist keine Frage, ob eine Gesellschaft Eliten braucht.

## Leistung ist auch keine Körperverletzung.

Sie hat sie und sie wird sie immer haben. Auch Neidvermeidungsgesellschaften, die das im Sozialismus immer bestritten, hatten sie. Entscheidend ist, dass Elitepositionen unabhängig von

Rasse, Herkunft, Geschlecht und Religion besetzt werden. Das Kriterium, nach dem Menschen in verantwortliche Positionen gelangen, muss das der Befähigung und Leistung sein. Das bedeutet: Erziehung zur Leistungsbereitschaft und die Entwicklung einer Lernkultur, nicht die Entwicklung einer Ellbogengesellschaft. Leistung ist auch keine Körperverletzung, sie muss stets zugleich auch Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft sein, oder ganz altmodisch gesprochen: jene Tugenden beinhalten, die die Qualität einer freiheitlichen Gesellschaft ausmachen.

Es gibt in Deutschland ein großes Vorurteil über das Wesen des Marktes. Die Kehrseite der Medaille ist die Geringschätzung von Freiheit. Viele fürchten, dass Freiheit anderen mehr nutzt als ihnen selbst. Es ist aber falsch, moralisches Empfinden ganz grundsätzlich gegen den Markt zu richten.

Der Markt ist im Übrigen nicht nur Ökonomie. Er hat viel tiefere Wurzeln. Sie resultieren aus der Überzeugung, dass es eine Anmaßung ist, anderen vorzuschreiben, was ihnen frommt. Wer sich im Wettbewerb um Kunden und Partner bemüht, der verhält sich auch freundlicher. Einem Marktwirtschaftler ist der kategorische Imperativ von Immanuel Kant nicht fremd. Ethische Normen und Konventionen, die sich Menschen auferlegen, sind Produkte des Marktes des Umgangs miteinander – spontane, auf Gegenseitigkeit beruhende Regeln. Markt und Moral, Markt und Charakter, Markt und Spielregeln, Maß und Mitte – das sind keine Gegensätze, sondern gegenseitige Voraussetzungen für Erfolg und Allgemeinwohl.

Dass am Anfang des Wirtschaftens die kaufmännische Tugend der Bescheidenheit stand, ja sogar asketische Verhaltensweisen, sollte nicht nur eifrigen Lesern von Max Weber bekannt sein. Niemand muss deshalb heute als Heiliger leben. Aber Eliten, die in einer freien Bürgergesellschaft Verantwortung übernehmen, sollten

sich in ihrem Tun an Fragen der Lebensdienlichkeit des menschlichen Maßes, der Glaubwürdigkeit und des zivilisatorischen Fortschritts und an dem untrennbaren Zusammenhang zwischen Verantwortung und Haftung orientieren.

Es gibt allerdings auch nichts zu beschönigen, wenn wie jetzt Krisen auftreten. Die Verstaatlichung der Risiken ist eine Bankrotterklärung für die Marktwirtschaft. Dennoch bleibt es richtig, was jetzt getan werden muss, denn: Das Marktversagen von heute ist die Folge des Staatsversagens von gestern.

Irgendwann muss ein Rückzug des Staates stattfinden, denn der Staat ist weder der bessere Unternehmer noch der bessere Banker.

Es war der Staat, der jährlicherweise den Massen suggerierte, der Traum vom billigen Eigenheim ohne Eigenkapital sei für alle realistisch (Straubhaar). Es war die Politik, die die Banken drängte, zweifelhafte Kredite einzuräumen.

In der Krise liegt aber auch eine Chance, wenn sie einen Lernprozess bei den Verantwortlichen auslöst. Staatsinterventionen sollten aber nicht die Regel werden. Es kommt auf die richtige Dosis an, der Krankheitsherd muss getroffen werden, Nebenwirkungen und das „Suchtpotenzial“ (NZZ) sollten klein gehalten werden. Irgendwann muss wieder ein geordneter Rückzug stattfinden. Denn ein Staat, der noch nicht einmal mit der Pendlerpauschale richtig umgehen kann, dessen KfW, IKB und Landesbanken kein Ruhmesblatt darstellen, der sollte nicht so tun, als sei er der bessere Banker.

Der Staat muss Regeln setzen. Ganz offensichtlich haben die bisherigen nicht genügt. Deshalb müssen sie korrigiert und an der einen oder anderen Stelle verbessert werden. Ein Staat kann aber nicht alles. Wer Anspruch auf Tropenreisen ohne Durchfallerkrankung erhebt, wie die Wirtschaftswoche schreibt, dem mangelt es an Vorstellungskraft, dass ein Staat zwar alles versprechen, aber nicht unbedingt alles halten kann. Ein Staat kann nicht zaubern. Er kann mit dem Geld anderer Leute kein Unter-

nehmen übernehmen oder für Unternehmen bürgen, deren Produkte nicht mit Erfolg verkauft werden können. Ein Holzmann als schlechtes Beispiel genügt.

Die geschichtlichen Schleifspuren all derer, die das ganz anders sehen, können weltweit besichtigt werden. Überall dort, wo Wettbewerb und Markt aus politischen

Das Brot war fast kostenlos in den Systemen des Sozialismus, den Menschen ist es dadurch aber nicht besser gegangen.

Gründen ausgeschaltet worden sind, hat sich unkontrollierte wirtschaftliche sowie politische Macht entwickelt. Das Brot war fast kostenlos in den Systemen des Sozialismus. Aber den Menschen ist es dadurch nicht besser gegangen. Die propagierte soziale Freiheit hat ihre persönliche Freiheit zerstört. Mehrere Generationen habe der Sozialismus die Völker durch die Wüste getrieben, doch das verheißene Land

sei nie gekommen, schrieb kürzlich ein Autor. Der Sozialismus habe die Wüste sogar selbst geschaffen.

Der Mensch hat einen großen Bedarf an Grenzen und Ordnungen und Gewissheiten. Wird dieser Bedarf nicht mehr gedeckt, dann wird die kulturelle Umwelt unbecömmlich. Die Moderne hat eine emanzipatorische Dynamik mit sich gebracht, der nichts mehr standhielt. Sie hat individualisiert und pluralisiert, Bindungen gelockert und Autoritäten gestützt. Die Menschen stehen gleichsam plötzlich unter offenem, leeren Himmel. Die Moderne bedeutet Ungewissheit und die Mühen der Freiheit.

Es gibt Menschen, die nach einem Leitseil suchen, an dem sie geführt werden wollen. Der Faschismus lockte sie mit Bindung und Führung. Der Kommunismus mit Bindung und Hoffnung.

Dahrendorf hat beides als große Versuchungen der Unfreiheit beschrieben. Viele sind ihr erlegen, und auch heute noch ist die Gefahr nicht gebannt. Sie können immer wieder in neuen Uniformen auftreten. Ihr totalitäres Potenzial ist nicht auf den ersten Blick zu erkennen.

Liberale haben Menschen nie hinter solchen Beglückungsbannern versammelt. 1938 waren es Wilhelm

Röpke, Ludwig von Mises und August von Hayek, die eine Marktgesellschaft mit klaren Regeln entwarfen, antimonopolistische Gesetzgebung, gegen unkontrollierte wirtschaftliche Macht, Wettbewerbsordnung und unabhängige Zentralbank. Die Menschen sollten Chancen auf Teilhabe haben und sie auch verwirklichen können.

Röpke war Gegner der Nazis, er verlor seinen Lehrstuhl schon 1933, er betonte die kulturellen und sozialen Voraussetzungen der Marktwirtschaft – *civitas humana*. Eucken sah in ihr das Vorbeugen gegen übermäßige Machtkonzentration, er lehnte sich auf gegen den NS-Kurs des Freiburger Rektors Martin Heidegger. Franz Böhm entwarf für den Widerstandskreis um Goerdeler ein Kartellgesetz, derenthalben Koordination „verdünne“ wirtschaftliche wie politische Macht. Alle waren wertgebundene Anwälte der Freiheit.

Gegen sie richtet sich die Neoliberalismuskritik derer, die überhaupt nicht wissen, wovon sie reden. Sie schweben in einer Wolke hochkondensierter Moral und schrecken vor Geschichtsklitterung nicht zurück.

Sie prägen ein Denunziationsvokabular. Sie dämonisieren wider besseres Wissen. Sie geben Bequemen und Veränderungsunwilligen „non movers“ (Steingart) billige moralische Bedeutung. Es geht ihnen nicht um Diskurs, sondern um Diskurshoheit, um Konkurrenzvorteile am Meinungsmarkt. Sie wollen uneinholbar moralisch sein, selbst um den Preis der Unwahrheit.

Die Neoliberalismuskritik dämonisiert wider besseres Wissen.

In Deutschland herrscht ein Misstrauen gegen Freiheitspotenziale von Menschen vor, das sich kulturell tief eingegraben hat. Ordnung ist das halbe Leben, heißt es gern. In einer solchen Gesellschaft hat es ein freiheitliches Politikangebot oft so schwer. Dass die private Vertragsfreiheit unter Einschluss der freien Gründung und Führung von Unternehmen eine revolutionär erkämpfte Freiheit ist, bleibt weitestgehend im Dunkeln.

Das soziale Konformitätsbedürfnis, das Bedürfnis nach *political correctness*, die Tyrannei derer gegen ihre ei-

genen Meinungen immunisieren und das oft genug mit Angst- und Katastrophenszenarien unterstreichen, kommt dazu. Viele intellektuell Anspruchsvolle geben ihren Senf in Dauergereiztheiten gegen die Wirklichkeit dazu. Es gibt regelrechte Kampagnen gegen die, die Meinungsmache kritisch beleuchten und nicht immer für das letzte Wort halten.

### Ein bisschen weniger Berieselung mit alarmistischen Szenarien täte gut.

Ein bisschen weniger Berieselung mit alarmistischen Szenarien ist ganz normalen und vernünftigen Bestrebungen derer nicht abträglich, die nicht aus Glaubensgründen, sondern aus purer Vernunft am Verbrauch von Energie sparen, die Entwicklung

schadstoffärmerer Automobile begrüßen, den Einsatz regenerativer Energien schon aus Gründen eines vernünftigen Energiemixes für überzeugend halten, sich aber gegen einen auf umweltpolitischen Altersstarrsinn gegründeten Verzicht auf Kernenergie aussprechen. Es ist bitter notwendig, nicht nur eine Forschungsmeinung zum Klimawandel als wissenschaftlich, politisch korrekt und moralisch integer gelten zu lassen.

Die Gedanken sind frei. Auch gegenüber modernen Kathedralen der Beharrung, die sich im Übrigen auch in der sozialpolitischen Gedankenarmut von Umverteilung sichtlich erschöpft haben und bei denen sich die Sozialwissenschaften mit einer Entmythologisierung alter Denkmuster verdient machen könnten.

## Freiheit und Sicherheit

Der Staat darf nicht alles. Gläserne Kunden, gläserne Patienten, gläserne Steuerzahler – das ist nicht die richtige Vorstellung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat. Die innere Sicherheit kann nur durch den Rechtsstaat verteidigt werden, nur mit seinen Prinzipien und nicht gegen ihn. Der private Lebensentwurf, die Privatsphäre, die eigenen vier Wände, die Reisen, die Freundschaften und Beziehungen, das Bankkonto, die freie wirtschaftliche Betätigung der Bürgerinnen und Bürger kann nicht einer

lückenlosen Überwachung durch den Staat unterliegen. Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist ein wichtiges Standbein der Sicherheit und nicht die imperialen staatlichen Einmärsche in die Freiheitszone des Menschen.

Nicht der Staat gewährt den Bürgern gnädigerweise Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit zur Wahrung der Rechte aller.

Wir sind was wir tun. Vor allem aber sind wir das, was wir nicht tun. Die Harvard Law School händigt ihren Graduierten Diplome mit einem Text aus, der „a system of wise restraints that make man free“ lautet.

Freie Gesellschaften gründen sich zuletzt auf eine Reihe von Voraussetzungen, die streng genommen gegen die menschliche Natur gerichtet sind, um ein halbwegs zuträgliches Zusammenleben von Menschen mit Menschen zu ermöglichen: auf Selbstverbote, auf zivilisierte Regeln, auf Normen, auf Duldung, sogar auf Privilegien von Minderheiten, auf das Recht des Schwächeren und auch des Fremden. In diesen Punkten liegt das eigentümliche Pathos der Idee einer freien Ordnung, schrieb Joachim Fest.

Die Überdehnung der Freiheit im Namen der Freiheit ist dabei nicht die Sache der Freiheit. Zu den zentralen Fragen freiheitlicher Gesellschaften zählt, wie viele Einbußen sie an Traditionen verlieren dürfen, wie viele Verbindlichkeiten sie ohne Schaden hinnehmen können und wie viel Bewusstsein von Gemeinwohl sie auch bewahren und schaffen müssen. Auf ihren Gleichgewichtssinn kommt es an, auf eine immer wieder neue Verbindung von Offenheit und Herkunftsbewusstsein, von Altem und Neuem. Das alles verlangt den prinzipiellen Verzicht auf die eine Wahrheit (Joachim Fest). Auf ein Mindestmaß an Zusammenhalt und Verbindlichkeiten, die von den Bürgern selbst gestaltet und gelebt werden, kann kein Gemeinwesen verzichten.

Die Überdehnung der Freiheit ist nicht die Sache der Freiheit.

Menschen müssen ein wachsames Auge für die Gefährdung der Voraussetzungen freiheitlicher Gesell-

Menschen müssen ein wachsendes Auge für die Gefährdungen freiheitlicher Gesellschaften haben.

schaften haben. Wenn sie in ihnen leben wollen, müssen sie ihre Grundlagen standfest verteidigen. Sie brauchen Selbstbehauptungswillen, der sich der Grundlagen der eigenen Ordnung bewusst ist und sich zu ihrer Verteidigung entschließt.

Ein freiheitlicher Entwurf ist nie perfekt, aber besser als alle Gesellschaftsentwürfe, die den Zufall um die Spontaneität des Lebens zugunsten einer sakrosankten Ordnung der Dinge eliminieren und damit eine Herrschaft der Unfreiheit errichten.

Freiheitliche Politik weiß, dass Demokratie zerbrechlich ist und dass Toleranz nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden darf. Dass Wohlstand mit Anstrengung verbunden ist und Marktwirtschaft faire Spielregeln haben muss.

Toleranz darf nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden.

Dass die Würde des Menschen nicht verletzt werden darf und dass Hunger den Menschen die Würde nimmt. Dass sich Politik nicht im Gebrauch politischer Fertigkeiten erschöpfen darf, sondern dass sie Passion, programmatische Substanz, eine Breite an Fähigkeiten und Bildung sowie ein Bewusstsein für Normen und zivilisatorische Aufgaben beinhalten muss.

Es geht dabei nicht nur um Wissen und Können. Es geht um Charakter und Haltung. Es geht um die Renaissance der Verantwortung in Freiheit. Auf unsere politische Agenda gehört eine Selbstvergewisserung darüber, was Freiheit heute ausmacht und was sie uns bedeutet.

Es geht um die Renaissance der Verantwortung in Freiheit.

Der Prozess, in dem wir uns befinden, und die Schwierigkeiten, mit denen wir es zu tun haben, kosten nicht nur Geld. Freiheitliche Gesellschaften müssen vor allem auch zu Anstrengungen fähig sein, die jenseits von materiellen Anreizen liegen. Es wird darauf ankomen,

ein Bewusstsein für die neuen Herausforderungen und eine Haltung zur Bewältigung zu schaffen, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu stärken.

## Über den Autor

Wolfgang Gerhardt wurde am 31. Dezember 1943 in Ulrichstein, Stadtteil Helpershain, im Vogelsberg geboren. Sein Vater fiel im Krieg. Gerhardt wuchs in einer Großfamilie mit seiner Mutter, Großeltern und Urgroßeltern in bäuerlichem und handwerklichem Umfeld auf, besuchte eine kleine Dorfschule, ging dann zum Gymnasium in Alsfeld und von dort aus zum Studium an die Philipps-Universität Marburg an der Lahn.

Er begann mit dem Studium der Fächer Germanistik, Geschichte und Politik und wechselte nach dem Vorexamen für das Lehramt am Gymnasium zur Kombination von Erziehungswissenschaften, Germanistik und Politik, um in Erziehungswissenschaften zu promovieren.

Während des Studiums arbeitete Wolfgang Gerhardt oft am Bau, nach dem Studium als Regionalbüroleiter in der politischen Bildung der Friedrich-Naumann-Stiftung in Hannover und als Leiter der Inlandsabteilung in Bonn.

Nach Wiesbaden kam er Anfang der 70er-Jahre als persönlicher Referent und später Ministerbüroleiter in das Hessische Innenministerium. Wolfgang Gerhardt kandidierte 1978 mit Erfolg zum Hessischen Landtag, dem er mit einer einjährigen Unterbrechung bis 1994 angehörte. Er wurde Ende 1982 zum Landesvorsitzenden der hessischen FDP gewählt, war Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag und von 1987–1991 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wissenschaft und Kunst und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund.

1994 wurde Wolfgang Gerhardt in den Deutschen Bundestag gewählt, es folgte die Wahl zum Bundesvorsitzenden der FDP 1995 (bis 2001) und die Wahl zum Fraktionsvorsitzenden der FDP im Deutschen Bundestag im Jahr 1998 (bis 2006).

Als Mitglied des Bundestages gehört er heute seit über einer Legislaturperiode dem Auswärtigen Ausschuss an und engagiert sich in der internationalen Politik als Vizepräsident der Liberalen weltweit.

In der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode hat Wolfgang Gerhardt vorrangig außenpolitische Fragen bearbeitet und sich für die Bundestagsfraktion der FDP in Vorträgen und Gesprächen in internationalen Beziehungen engagiert. Sie führten ihn zu transatlantischen Themen regelmäßig nach Washington und London. In Themen der Europäischen Union und – mit ihr verbunden – des sogenannten Barcelona-Prozesses nach Brüssel und Nordafrika, nach Manila und Delhi mit Blick auf Gewichtverschiebungen nach Asien, sowie nach Minsk und Kiew in Themenbereichen der EU-Nachbarschaftspolitik. Lateinamerikanische Konferenzen hat er in Buenos Aires und Mexiko besucht. Die Länder im Subsahara-Bereich und damit schwierige Herausforderungen unseres Nachbarkontinents wurden in Zusammentreffen in Daressalam in Tansania, Johannesburg, Kapstadt und Senegal erörtert.

Intensiv und auch wirkungsvoll waren gründliche Diskussionen über die transatlantischen Beziehungen jeweils in Washington. Die Vorträge, die er dort halten konnte, waren stark besucht. Ein Pendant zu den transatlantischen Beziehungen ergab sich in Stockholm durch seine Teilnahme an einem Podium über die Beziehungen zu Russland, das Gelegenheit gab, mit Parlamentariern aus allen EU-Staaten dieses Thema zu behandeln. Nachbarschaftsbesuche in Warschau und Prag in Zusammenarbeit mit der Freiheitsstiftung des ehemaligen tschechischen Präsidenten Vaclav Havel kamen hinzu.

Eine kulturelle Diskussion mit dem Islam wurde von ihm in Marrakesch, Casablanca und in Kairo in Veranstaltungen geführt, die außerordentliche Resonanz fanden. In Ägypten hatte er Gelegenheit, im ägyptischen Fernsehen dazu ausführlich zu antworten.

Seit drei Jahren ist er Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Sitz in Potsdam und seit zwei Jahren Vorsitzender des Kuratoriums der Theodor-Heuss-Haus Stiftung mit Sitz in Stuttgart.

2009 kandidiert Wolfgang Gerhardt erneut als Spitzen-

kandidat der hessischen FDP zum Deutschen Bundestag  
– dieses Mal in Wiesbaden, der Stadt, in der die Familie Gerhardt nahezu 30 Jahre lebt. Wolfgang Gerhardt ist verheiratet. Zusammen mit seiner Frau Marlies hat er zwei Töchter und ein Enkelkind.

